

— Staatssekretär des Königs kann dem Kaiser, der Minister, den Sonderbeauftragten, den Ministrern und den Mannschaften der Handelslotsen berufliche Anerkennung ausgedehnt hatte, fuhr er fort: Die Beziehungen in der Heimat geben und gleichfalls ähnlich zu Volk und Landarbeit. Wir fühlen uns Freude, daß wir mit dem Volk am dem ganzen Stiel in Dealen und Bilaschen, Grenzen und Sorgen einig sind und in der Entschlossenheit, einen Frieden herbeizuführen, der die künftigen Geschlechter vor den Feinden, Schweden und dem Feind bewahrt, die der Welt seit vier Jahren auferlegt sind.

Baldor George im amerikanischen Hauptquartier.

Mus London wird gemeldet: Baldor George hielt im amerikanischen Hauptquartier an die amerikanischen Truppen eine Ansprache. Darin führte er u. a. aus: Deutschland willte morgen falls mit den Vereinigten Staaten, England und Frankreich Frieden haben, wenn es diejenigen Bedingungen annehmen würde, die Präsident Wilson proklamiert habe. Der Kaiser und seine Berater hätten aber nicht zu erkennen gegeben, daß sie die Bedingungen Wilsons annehmen wollten.

Ernährungsfragen im Reichstag.

Die fleischlosen Wochen in Italien!

In der Sonnabendssitzung des Reichstages stand zunächst die zweite Lesung des Ergänzungsgesetzes zum Kapitalabsindungsgesetz und eines Kapitalabsindungsgesetzes für Offiziere auf der Tagesordnung. Die Gesetze wurden ohne Aussprache in zweiter und sofort auch in dritter Lesung angenommen.

Das Gesetz gegen Unfruchtbarmachung und Schwangerschaftsunterbrechung wurde dem Ausschuss für Bevölkerungspolitik überwiesen.

Eine Novelle zum Kriegsgesetz wurde einem 21-gliedrigen Ausschuss überwiesen.

Es folgte die Besprechung der Ernährungs-, Kohlen- und Viehleidungsfragen.

Staatssekretär von Waldow:

Das System der öffentlichen Bewirtschaftung muß naturnotwendig größere Kreise ziehen. Die Freilassung führt zu Preissteigerungen. Das jetzige System erfreut sich nicht gerade vieler Freunde, eine gewisse Last wird es immer bleiben. Über aller berechtigten Kritik darf das Erreichte nicht vergessen werden. Wie hätte sonst der Bedarf des Heeres und der gesamten Bevölkerung gedeckt werden sollen. Alle zu uns kommenden Verbesserungsvorschläge werden gewissenhaft geprüft. Das vorgeschlagene Umlageverfahren ist für Produzenten wie Verbraucher unsicher. Die Erfahrungen unserer Verbündeten haben dazu geführt, daß die Regierungen Deutschlands und Österreich-Ungarn einheitliche Grundsätze, betreffend die Getreidebewirtschaftung beschlossen und sich über die Beschlagsnahme der Brotpfannen, Futtergetreide, und Delfräschterne geeinigt haben, sowie darüber, die Rationierung allgemein einzuführen und den freien Handel zu verbieten. Diese straffere Bewirtschaftung ist eine Notwendigkeit, die Ungarn noch gar nicht kannte. Erst wenn eine auskömmliche Versorgung sichergestellt ist, kann die Produktion und der Handel von den gegenwärtigen Fesseln befreit werden. Noch sind wir leider nicht so weit. Zu Beginn des fünften Kriegsjahrs wäre ein Experiment gewagt. Mit der Untergrabung des Vertrauens zu unserer öffentlichen Bewirtschaftung wird dem Vaterlande sein Dienst erwiesen. Der Wille und die Kraft zum Durchhalten würden sonst beim Produzenten wie beim Verbraucher erschlafft. Wir sind besser durch den vorigen Winter gekommen, als erwartet werden konnte, dank der guten Kartoffelernte und der besseren Durchbildung der kommunalen Organisationen. Noch längere Zeit wird vergehen, bis größere Transporte aus der Ukraine heranzukommen. Eine allmäßliche Verhügung des Landes wird hierin Besserung schaffen. Die Kartoffelernte hat im allgemeinen bis jetzt aufrecht erhalten werden können. (Widerspruch, Rufe: Das ist nicht wahr! Abg. Bogtherr (u. S.) wird wegen dieses Kurztes zur Ordnung gerufen.) Wenige Wochen trennen uns von der neuen Ernte, welche durch die kalte Witterung um zehn Tage verzögert worden ist. Die Futtermittelkarte hat auf den ganzen Rückstand nachteilig gewirkt. Da auch auf die Milch- und Fettversorgung Rücksicht genommen werden muss, sind, sobald die Rationierung wieder erhöht und die Kartoffelernte sichergestellt sein wird, fleischlose Wochen notwendig. Erst wird an Mehl gegeben werden. Die heimische Produktion müssen wir mit allen Mitteln fördern. Die diesjährigen Ernteaussichten sind günstiger als diejenigen des Vorjahres. Der Ausschungsplan wird zuschanden werden. Dank der Heldenhaftigkeit unserer Truppen, der Disziplin, pflichttreuen Arbeit und Opferbereitigkeit aller Polstklassen werden wir alles standhaft überwinden, so daß das tapfere, tüchtige deutsche Volk aus diesem schweren Krieg aufrecht und sieghaft hervorgehen wird. (Beifall rechts, Rufe bei den unabhängigen Sozialdemokraten: Wenn es bis dahin nicht verhungert ist!)

Die Ernährung.

Abg. Dr. Rasinger (Benz): Das Gezeigte müssen genügende Preise erhalten; jetzt stehen diese in seinem Beziehungs zum Werte der Waren. Die Rücksackkontrolle hat sich in Bayern sehr gut bewährt. Es sind auf diese Weise Mengen gespielt worden, welche für die Ernährung einer mittleren Stadt genügt. Wie steht es mit der Nachricht, daß weitere Mengen Getreide an Österreich abgegeben werden sollen? Wir hoffen, daß Hammer, Blaß und Schöner dem deutschen Volke Eleg und Frieden bringen werden. (Beifall.) Ich möchte dringend bitten, die Förderung und Besförderung von Kohlen nach Süddeutschland möglichst zu beschleunigen und mögliche Preise zu stellen. Bei der Kleiderbeschaffung muß der unfaßbare Kleinhandel gehoben und rücksichtsvoll behandelt werden.

Abg. Weis (Bog.): Der Gleichhandel ist die einzige erfolgreiche Organisation. (Sehr richtig!) Die Erfolge hat sich das Kriegsergebnisamt selbst zuschreiben. Die Rationierung ist bestürzt, dabei werden die Frühdruckpapiere verbündelt und die Getreidepreise erhöht. Dazu kommen die Belagerung der Fleischstation und fleischlose Wochen. Die Belastungsprobe darf nicht übertrieben werden. Wir sind auf dem Rückstand der Ernährung angekommen. Der wichtigste Teil der Kriegsführung ist die Ernährung. Die Preise müssen der Kaufkraft des Gelbes angemessen sein. Auch gut verdienende Arbeiter können ihre Familie nicht ernähren. Hoffentlich tritt nicht die gefürchtete Blöße in der Brotdistribution ein. Herr von Batocki und Herr von Waldow sind beide abhängig vom Großgrundbesitz. Den Wechsel im Unte halte ich aber doch für einen schweren Fehler. Waren die Schweine damals nicht abgeschlachtet worden, wie waren schon am Ende unserer ganzen Ernährung angelangt. Täglich werden Fehler in der Versorgung gemacht, kein Wunder, daß die Erbitterung in der großen Masse wächst, während einige wenige sich die Taschen füllen.

Staatssekretär von Waldow: Der Abg. Weis hat auch eine Bekämpfung des Kaisers gegen der antollenden Getreidemengen aus der Ukraine erwidert. Tatsächlich sind 8000 Tonnen eingetroffen, das sind 10 Bütte zu je 80 Wagen. Damals, als die Kleuerung fiel, entsprach sie den Tatsachen. Der Kaiser wird laufend über den Stand der Ernährung unterrichtet, nimmt jedoch keinen Anteil daran und hat wiederholt Dank und Anerkennung für die Opferwilligkeit entgegengesetzt.

Abg. Dr. Möslde (Bog.): Ebenso wie die Industriearbeiter, sollte auch die Landwirtschaft mit Kleiderstücken bedacht werden. Die Wiederbeschaffungspreise dieser Anlage müssen im Verhältnis zu dem Umlaufspreise stehen. Schuld an den Ernährungsverhältnissen sind nicht die Kontrabandisten. (?) Die Schuld Englands wird immer vergessen. Dann ist die Überspannung der Organisationen verantwortlich zu machen. Die Fehler des sozialdemokratischen Systems zeigen sich hier deutlich. Will Herr Weis die kleinen Händler aufhängen, dann darf er die Hamster nicht laufen lassen. (Burk: Sie spotten über die Not des Volkes!) Wir alle leiden unter diesen Verhältnissen. In Rumänien und in der Ukraine werden höhere Preise an den Exporteur gezahlt als bei uns. Es sollen nicht genug Waren da sein. Das glaube ich nicht. Wir hatten doch bisher Rationierung plus Kleiderhandel. Es ist nicht möglich, daß der Milchpreis dauernd 50 Prozent unter dem Produktionspreis (?) steht. Richtig ist der Produktion so notwendig wie Freiheit. (Beifall rechts.)

Abg. Egger (f. B.): Die Kohlenförderung ist eine der wichtigsten Aufgaben des Reiches. Gegebenenfalls müssen Soldaten für die Kohlenförderung eingesetzt werden. Der Festigung der Landwirtschaft geführt voller Dank und Anerkennung. Die Karthause und uns nach der Schädigung war notwendig, wir müssen sonst vor der Katastrophe. Ungeheuerliches Schaden sollte das Wild abgeschossen werden.

Abg. Ged (natl.): Staatssekretär von Waldow hat ganz recht, wenn er in seine Versprechungen nur die inneren Produkte einbezogen, die aus den besetzten Gebieten kommen erst später in Betracht. Der Landwirtschaft müssen die gesetzlichen Arbeitskräfte und die nötigen Tätigkeiten gegeben werden. Das Umlageverfahren ist zu empfehlen, aber ohne freien Handel. Wird für den Überschuss ein höherer Preis bewilligt, so gibt der Landwirt auch diesen her.

Abg. Rupp-Warsburg (d. Fr.): Die Frühdruckpapiere bedeute ich außerordentlich. Der kleine Bauer, der sein Getreide selbst ausbrechen muß, kommt dabei zu Schaden.

Abg. Wurm (anab. Bog.): Nicht der Steinbauer, sondern der Großgrundbesitzer hat den Vorteil von dem Rationierungssystem. Die Eisenbahnen verwaltung tut nicht ihre Pflicht. Sie lädt die waggonweise Verfrachtung ruhig zu. Die Arbeiterschaft muß auf Verkürzung der Arbeitszeit drängen und Frieden fordern.

Ein Vertreter des Kohlenkommissars erklärt, daß die zum Frühdruck notwendigen Kohlen rechtzeitig zur Verfügung stehen.

Staatssekretär von Waldow: Das Abkommen mit Österreich-Ungarn betrifft nicht eine gemeinschaftliche Bewirtschaftung, sondern eine Bewirtschaftung der drei Wälder nach gleichen Gewichtspunkten. Die gemeinschaftliche Bewirtschaftung besteht sich nur auf Rumänien und die Ukraine, woraus Österreich-Ungarn eine Vorratslieferung bekommt. Eine Kartoffelbelieferung hat nicht stattgefunden.

Abg. Hestermann (wild): Die Sandwirte können nicht mit den städtischen Stationen auskommen. Damit schließt die Aussprache. Richte Ewig Montag.

Die Ernährung und Viehzucht.

Im Hauptausschuss des Reichstages machte der Staatssekretär des Reichskanslers beratende Mitteilungen über die Finanzlage des Reiches, die als Grundlage für die neue, demnächst in der Volksversammlung zur Beratung kommende 15-Milliarden-Kreditvorlage gelten können.

Die Offensive gegen Italien.

Österreichisch-ungarischer Heeresbericht vom 7. Juli.

Amtlich wird verlautbart:

Da sich das Piave-Delta ohne schwere Opfer nicht behaupten lassen, nahmen wir unsere dort eingesetzten Truppen in die Dammsstellung am Ostufer des Hauptarmes zurück. Die Bewegung vollzog sich in der Nacht vom 6. auf den 7. Juli. Der Feind fühlte gestern mittag bis an den Fluß nach. Ostlich des Monte Verticchio das wadene Dtoacei Infanterie-Regiment Nr. 79 starke italienische Angriffe in blutigen Nahkämpfen zurück. In Albanien griffen zwischen dem Devoli und dem Osini Franzosen und Italiener unsere Garnisonsstellungen an. Im Verlaufe der Kämpfe gelang es dem Feinde, an zwei Stellen Vortriebs zu erringen, die ihm aber durch Gegenstoß wieder entrissen wurden.

Ein italienischer Heeresbericht.

Ein italienischer Sonderbericht vom 6. Juli meldet: Um 6 Uhr nachmittag ist der Gegner nach 5 Tage ununterbrochener Kämpfe, die durch feindlichen Hinterhalt und Geländeschwierigkeiten noch verschärft waren, vollständig auf das linke Ufer der Piave zurückgeworfen worden, welches der Feind seit Ende November besetzt und mit allen seinen Kräften gehalten hatte. So haben wir unseren Sieg in der ersten großen Schlacht unseres offensiven Gegenstrokes glänzend geführt, und den Schlagknoten um Venedig verbreitert. Wir machten seit dem 15. Juni im ganzen 528 Offiziere und 28911 Mann zu Gefangenen und erbeuteten 63 Kanonen, 68 Mörser, 1234 Maschinengewehre, 87105 Gewehre, 49 Flammenwerfer, 2 unbeschädigte Flugzeuge, 5 Millionen Infanteriepatronen, mehrere 1000 Granaten jeder Größe, eine große Menge Mortierwerzeuge, sehr viel Gerät, Brüder und Ausrüstungsgegenstände. Wir fanden außerdem vollständige Geschütze mit allem Zubehör, Kriegsgerät und Waffen wieder auf, die sich im Gebiet unserer vordersten Stellungen befunden hatten, und im ersten Teil der Offensive hatten aufgegeben werden müssen.

Gefechtsmeldungen.

Die Wiener Blätter bezeichnen die aus Paris und Rom verbreitete Nachricht, daß in den hohen Kommandostellen der Österreichisch-ungarischen Armee ein Wechsel vollzogen worden sei, als ganz unbegründet. Die Melbung werde offenbar von den Ententekräften im Interesse einer bestimmten Stimmungsmache in die Welt gelegt, und ihre Verbreitung gehöre allem Unreinen nach zu den Manövern unserer Gegner, die, wie Ministerpräsident von Seidler jüngst ausführte, kein Mittel scheuen, um das Geschehen der Monarchie zu erschüttern.

Der österreichische Kriegsminister über die Piaveschlacht.

Die Wiener Korrespondenz Austria meldet: Bei dem Kriegsminister erschienen Abordnungen der christlich-sozialen Vereinigungen, des deutsch-nationalen Verbandes, die über die Vorfälle an der Südwestfront Erdnungen einzogen. Der Minister gab in zweistündiger Aussprache eine erschöpfende, alle Punkte der Frage umfassende Darstellung. Die Mittelpunkte des Kriegsministers wirkten, wie der Sprecher der Abordnungen feststellte, beruhigend und aufklärend.

Die innere Lage in Österreich.

Der Vertrag mit den Ukrainern.

Die Wiener Blätter entnehmen der Krakauer „Wroclaw Reforma“ den Wortlaut des angeblichen vom Ministerpräsidenten von Seidler mit den Ukrainern geschlossenen Vertrages. Die Vereinbarung lautet: Da die Ukrainer den in der Ukraine wohnenden Ukrainer, darunter auch den Polen, weitgehende Autonomie und die Möglichkeit einer kulturellen Entwicklung zuverlässigen, erklären auch wir, um die kulturelle nationale Entwicklung desjenigen Teiles des ukrainischen Volkes zu sichern, der auf österreichischen Gebiet lebt, zum Zwecke einer engeren Annäherung der Staaten, daß spätestens bis zum 31. Juli im Parlament ein Gesetzentwurf über die Bildung eines besonderen Kronlandes aus der Bukowina und aus dem Teil Ostgaliziens, der in überwiegender Zahl von Ukrainern bewohnt wird, eingebracht werden soll. Die österreichische Regierung wird alle ihr zur Verfügung stehenden verfassungsmäßigen Mittel anwenden, damit dieser Entwurf auf parlamentarischem Wege Gesetzeskraft erlangt.

Die zerstörende Tätigkeit der Slaven in Österreich.

Um Sonnabend erschien der Obmann des Verbandes der deutsch-nationalen Parteien, Abg. Waldner, beim Ministerpräsidenten von Seidler, um denselben auf die bei der jüngst abgehaltenen Gründungsversammlung der jugoslawischen Demokratie in Raibach aufgetauchten Ereignisse aufmerksam zu machen. Der Ministerpräsident erwiderte, daß ihm die Möglichkeit der Durchführung einer solchen Versammlung nicht bekannt gewesen und daß auch der von ihm befragte Minister des Innern von der Sache nichts gewußt habe. Das zur Berichterstattung aufgesetzte Landespräsidium im Kreise habe vorbildig gemeldet, daß die politische Bevölkerung von einem Verbot der Versammlung mit Rücksicht auf die Beschämung der Versammlung auf die gelebten Werte abgesehen habe. Das Landespräsidium wurde beauftragt, ehestens eine eingehende Aufklärung über die Angelegenheit zu geben.